

OSTTIROLER HEIMATBLÄTTER

Heimatkundliche Beilage des „Osttiroler Bote“

Nummer 1/2000

68. Jahrgang

Rainer Brugger

25 Jahre Verein zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol oder: 50, 40, 30 Jahre Kraftwerksgeschichte

Tätigkeitsbericht und Rückblick des Obmannes Prof. Dr. Wolfgang Retter anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Vereins zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol war naturgemäß auch ein Teil der Kraftwerksgeschichte in Osttirol. Diese ist freilich älter. Dabei kann man sich um die Jahreswende 1999/2000 die runden Gedenkjahre zur Kraftwerksgeschichte beliebig aussuchen:

60 Jahre: AEW-Projekt 1939/40: Dieser Entwurf sah sieben Großspeicher (zwei im Defereggental, zwei im Virgental, zwei im Tauerntal und einen im Dorfertal) und 4 Kraftwerksgruppen (Dorfertal-Matrei, Matreier Tauerntal-Matrei, Virgen-Defereggental-Huben und Iselstufe Trattner-Huben) vor.

50 Jahre: STO-Projekt 1949/50. Auch dieses Projekt sah noch gleich viele Speicher und eine Laufwerksstufe Huben-Lienz vor.

40 Jahre: Das 1951 verhandelte, 1954 mit mehreren Verlängerungsbescheiden bewilligte Kraftwerk Dorfertal-Huben, ein Teil des vorgenannten STO-Projektes, wurde 1959 praktisch begonnen. In diesem und im folgenden Jahre 1960 fanden jedenfalls die konkretesten und weitreichendsten Baumaßnahmen in Kals und in Huben statt.

30 Jahre: Projektvarianten 1968 bis 1974/3 (aktualisierter wasserwirtschaftlicher Rahmenplan).

10 Jahre: 30. März 1989: Wirtschaftsminister Robert Graf erklärt das „Aus“ für das Kraftwerk Dorfertal-Matrei.

Kraftwerksdiskussion veranlasst Vereinsgründung

In der Zeit von 1973 bis 1989 ist die Kraftwerksgeschichte in Osttirol eng mit der Tätigkeit des Vereins zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol verbunden.

Der Anlass zur Gründung des Vereins war schließlich die neu begonnene Kraft-



Die Schwarzach im hinteren Defereggental mit normaler Wasserführung.

Foto: Dr. Wolfgang Retter

werksdiskussion, und zwar in Verbindung mit den seit 1970 (Europäisches Naturschutzjahr) verstärkten Bemühungen um einen österreichischen Nationalpark in den Hohen Tauern. Die Kraftwerksdiskussion war durch die ausführliche und recht positive Vorstellung des aktualisierten wasserwirtschaftlichen Rahmenplans im „Osttiroler Bote“ vom 1. März 1973 ausgelöst worden. Dabei wurde praktisch die Variante 1974/1 vorgestellt. Sowohl von der Beileitung Ost, umfassend die Kalser Bäche und den Gössnitzbach, wie aus der Beileitung West, umfassend die Isel im Umbaltal und alle maßgeblichen Gletscherbäche im Virgental, sollte das Wasser durch sein natürliches Gefälle in den Spei-

cher im Dorfertal fließen. Im Tauerntal war die Fassung bei der Schildalm vorgesehen und die Abarbeitung zum Krafthaus Oberstufe bei ABlab, von wo das Wasser weiter in die Unterstufe in Matrei-Proßegg abgearbeitet werden konnte, aber auch die Pumpmöglichkeit in den Speicher vorgesehen war.

In der folgenden Ausgabe berichtete der Osttiroler Bote von einem Vortragsabend des Lionsclub Lienz (damaliger Präsident Dr. Marius Baumann) mit dem Referenten OLGR Dr. Hans H. Stoiber über die Bedeutung der Amerikanischen Nationalparks. In der Diskussion brachte die weit verbreitete Stimmung im Bezirk der NR-Abg. Bgm. Hubert Huber mit der Frage

„Uns interessiert speziell, was ist noch an Erschließung möglich, wie vertragen sich Kraftwerksbau und Nationalpark?“ zum Ausdruck.

Auf der Titelseite der nächsten Nummer (22. März 1973) brachte der „Osttiroler Bote“ einen ausführlichen Beitrag von Prof. Dr. Wolfgang Retter unter dem Titel „Osttirol – Energiesklave oder Erholungsland?“.

In der gleichen Nummer des „Osttiroler Bote“ wurde auch eine Gewerkschaftsresolution für den Kraftwerksbau „Hohe Tauern“ mit dem Schlusssatz: „Der Bezirksausschuß des ÖGB in Lienz ersucht daher neuerlich alle maßgeblichen Stellen, alles zu unternehmen, um den Bau der Kraftwerksgruppe ‚Hohe Tauern‘ (Daberkamm-Kraftwerk) zu ermöglichen“, abgedruckt.

So begann eine sehr intensive Diskussion. Kritisch und sehr engagiert wurde unter anderem die Jungbauernschaft (Obmann Franz Idl, Geschäftsführer Ing. Rudolf Diemling) tätig, die z. B. im August 1973 eine groß angelegte Pressefahrt nach Prägraten ins Umbalatal organisierte. Gemeinsam mit Prof. Dr. Wolfgang Retter wurde eine Pressemappe vorbereitet, die mit der Einladung insgesamt an 17 aus- und inländische Medien versandt wurde.

Am 6. September 1973 erfolgte dann in Anwesenheit der gesamten politischen Prominenz des Bezirkes und gleichsam unter der Patronanz des höchsten politischen Vertreters NR-Abg. Hubert Huber und der Aufsicht des langjährigen Rechnungsprüfers Notar Dr. Herbert Rohrer die Gründung des Vereins zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol.

Schon vorher hatte der Verein Plakate affiziert, Flugblätter verteilt und Unterschriftenlisten aufgelegt und an alle möglichen Stellen versandt. Der Besuch des Tiroler Landtages im September 1973 wurde vom neu gegründeten Verein zum Anlass genommen, um den Tiroler Politikern eine Petition zu überreichen, in der auf die Wichtigkeit der Erhaltung der Wandertäler für den Erholungstourismus



Prof. Karl Friedrich von Weizsäcker (l.) mit Prof. Dr. Wolfgang Retter.

Foto: Hans Waschgl

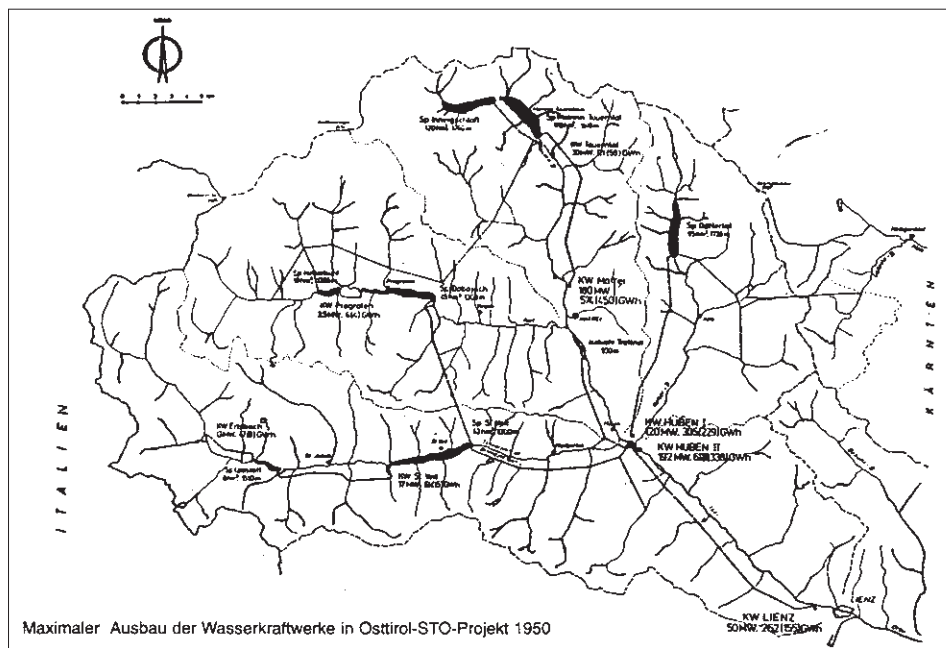
hingewiesen und ökologische Gutachten über die Auswirkungen eines so umfassenden Kraftwerksbaues verlangt wurden.

Bevor die weitere Tätigkeit geschildert wird, sei noch ein Blick auf die

Kraftwerksgeschichte vor 1973

geworfen.

1948 war die Osttiroler Studiengesellschaft gegründet worden. Sie arbeitete das oben genannte Kraftwerksprojekt STO 1949/50, eine geringfügig abgeänderte Variante des AEW-Projektes 1939/40 aus. Mit den sieben Speichern – Ladstatt/St. Jakob, St. Veit, Hinterbichl/Prägraten, Bobojach/Prägraten und Dorfertal/Kals – war dieses Projekt sowohl im Bezug auf den Gesamtspeichereinhalt (518 hm³) der Ausleitungswassermenge (1.600 hm³) und der Jahresenergieerzeugung (1.919 GWh) das größte aller der vielen Kraftwerksprojekte in den Hohen Tauern in Osttirol (siehe Bild 2).



STÖ-Projekt 1949/50.

Die Studiengesellschaft Osttirol begann 1949 auch konkret mit der Verwirklichung des Teiles Dorfertal-Huben aus diesem Gesamtprojekt.

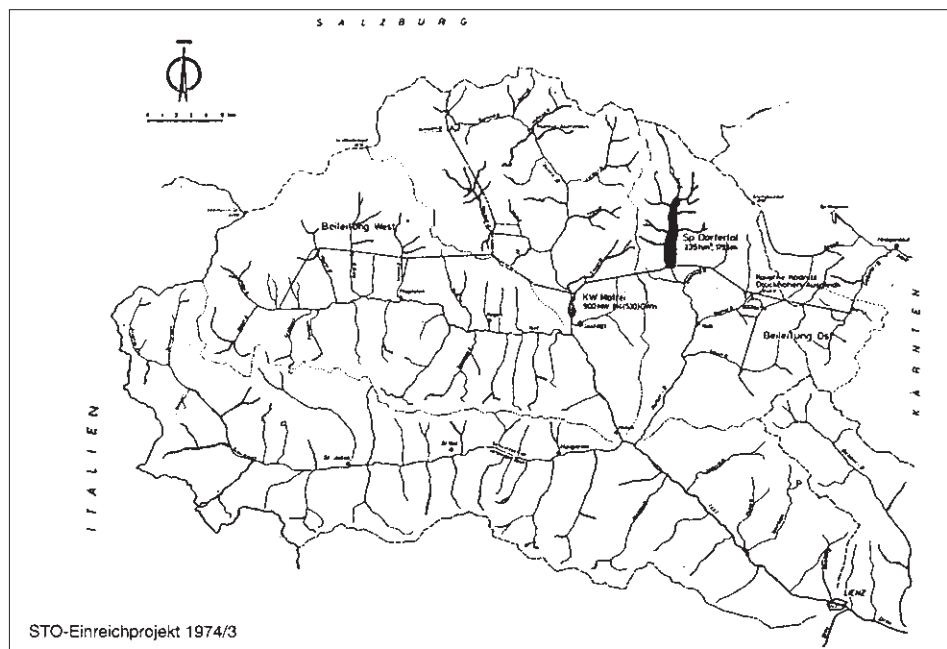
Schon im April 1949 war Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hans Gamper (in der Tiroler Landesregierung für Energiefragen zuständig) mit Vertretern der TIWAG nach Kals gekommen, wo sie zu den Bedenken und Ängsten der Kalser, die wichtige Dorfertalpe zu verlieren, erklärten, dass es noch viele Jahre bis zum Kraftwerksbau dauern werde. Doch schon in den folgenden Wochen kamen „Ingenieure – die einen lösten die anderen ab“, so schrieben die Kalser im nachstehend zitierten Brief, die Vermessungs- und Bohrungsarbeiten durchführten. Die Kalser richteten also am 10. Juli 1949 einen geharnischten Brief an die Tiroler Landesregierung. Es heißt dort unter anderem:

„Die Landesregierung hat uns doch durch Dr. Gamper versprochen, daß all diesen Vorarbeiten eine Begehung bzw. Kommissionierung vorausgehen wird, wo wir unsere Bedenken und Bedingungen anbringen könnten. Wir warten jetzt drei Monate vergeblich auf diese Kommission – begreiflich, daß sich eine unhaltbare Mißstimmung unter den Alpinteressenten breitgemacht hat, zu deren Behebung die Landesregierung Sorge tragen soll. Wenn ein hies. Bauer eine Holzhütte auf seinem Grund und Boden ohne vorherige Bauverhandlung und Genehmigung erstellt, kommt die Gendarmerie, und es werden Geld- und Kerkerstrafen diktiert. Wenn aber die hohe Oberbehörde dererlei Unzukömmlichkeiten selbst in die Wege leitet, die Rechte der Steuerträger nicht beachtet, ist es dann noch verwunderlich, wenn Unzufriedenheit und Ärger unter den Interessenten Platz greift?“

Die Kalser verweisen dann mit einem eindrucksvollen Beispiel, wie wichtig die Dorfertalm für die Kalser Bauern ist und schließen den Brief auf der Seite 5 mit dem Absatz:

„Die verehrliche Landesregierung ersieht aus dem Gesagten deutlich, daß alle Unterfertigten einmütig willens und bereit sind, ihren Heimatboden und ihre Existenz mit aller Kraft zu verteidigen und sich zur Vernichtung so wertvollen Alm- und Heimatbodens nie und unter keiner Bedingung bereitfinden werden, weshalb wir die verehrliche Landesregierung bitten, alles aufzuwenden, damit von der Durchführung vorgenannten Projektes Abstand genommen wird.“ Der Brief ist von Bürgermeister Unterberger und 16 weiteren Vertretern der Gemeinde und von 26 Interessenten unterschrieben.

Offenbar als Reaktion darauf kamen am 23. August 1949 Landeshauptmann-Stellvertreter Prof. Dr. Gamper, Landesrat Josef Muigg (auch Präsident der Landeslandwirtschaftskammer), NR Franz Kranebitter und Jakob Blassnig als Obmann der Bezirkslandwirtschaftskammer, Bezirkshauptmann Otto Hosp und eine Reihe leitender Landesbeamter sowie Dir. Dr. Koch und Ing. Dr. Laufer von der Studiengesellschaft Osttirol zu einer Besprechung nach Kals, mit dem Ergebnis, dass als landwirtschaftlicher Sachverständiger



Die energiewirtschaftliche Idealvariante STÖ 1974/3.

Herr Ministerialrat i. R. Dipl.-Ing. Rudolf Kober (über Vorschlag der Landeslandwirtschaftskammer für Tirol) und als örtlicher Almsachverständiger Gemeinderat Peter Kerer nominiert wurden. Bei der Besprechung brachten natürlich die Kalser wiederum ihre Klagen über die durchgeführten Schlägerungs-, Vermessungs- und Bohrungsarbeiten und die dadurch verursachten Flurschäden vor. Darüber und über die „Verkehrssicherung auf Güterwegen“ wurde noch im September zwischen den bestellten „Vermittlern“ Dr. Kober und GR Peter Kerer sowie Bürgermeister Unterberger einerseits und Dr. Laufer andererseits Einigung erzielt.

Im Weiteren verlangten die Kalser die Errichtung einer meteorologischen Station, um die befürchteten klimatischen Auswirkungen beurteilen zu können. Schon im o. zit. Schreiben hatten sie darauf hingewiesen, „durch die Anlage eines so großen Stausees muß naturgemäß eine bedeutende Klimaverschlechterung eintreten; denn bisher wurden die heftigen kalten Tauernstürme (Nordwinde) durch den in der Alpe vorhandenen Waldbestand einigermaßen gemildert, während nach Anlage des Sees nicht nur diese Milderung wegfällt, sondern durch die Kälteabstrahlung der großen angesammelten Gletscherwassermenge ein weiteres Absinken der Temperatur erfolgen muß. Durch diesen Zustand wird zumindest im oberen Teil des Tales ein Getreidebau wegen nicht mehr eintretenden Ausreifens nicht mehr in Frage kommen. Was aber dann?“ Auch die Bezirks- und Landeslandwirtschaftskammer setzten sich nachhaltig für die Errichtung einer solchen meteorologischen Station ein, und sie wurde schließlich dann am 1. Juni 1951 in Betrieb genommen.

Am 8. November 1949 fand eine erste Entschädigungsverhandlung über die Verbreiterung des Forstweges Großdorf-Spöttling, über den Ausbau des Daberklammweges und eines Auffahrtsweges zur Staumauer Krone (Moaralm) statt. Die Kalser bestellten für die folgenden Ver-

handlungen den legendär gewordenen Zehnerausschuss, von dem noch zwei Mitglieder – damals die Vertreter der Jungen – Altbürgermeister Stefan Schneider und Simon Rogl, Taurer, leben.

1951: Intensive Ablöseverhandlungen

Schon 1950, insbesondere aber dann ab 1951 führten die Kalser, insbesondere Peter Kerer und Simon Rogl, sehr viele Verhandlungen über die Beschaffung einer Ersatzalm im Pinzgau, vornehmlich im angrenzenden Stubachtal durch. Viele Fahrten wurden unternommen, aber auch Fußmärsche über den Kalser Tauern zurückgelegt. Die Verhandlungen betrafen auch den Erwerb von Höfen, z. B. in Hollersbach, Leogang oder Bruck, um diese als Tauschliegenschaften für Almen im Stubachtal anbieten zu können. Auch das Gut „Fischhorn“ in Bruck an der Glocknerstraße wurde später (März 1959) als mögliches Tauschobjekt besichtigt. Für die Kalser landwirtschaftlichen Strukturverhältnisse natürlich ein imposanter Besitz: 411 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, 2.419 ha Alm, 488 ha Wald, Anbau: 48 ha Getreide, 22 ha Kartoffeln und andere Hackfrüchte, 8 ha Silomais, 117 ha Wechselwiese, Viehstand: 101 Kühe, 127 Jungrinder, 5 Pferde und 142 Schweine.

In der Zwischenzeit hatte MR Dipl.-Ing. Kober ein ausführliches Gutachten erstellt, aber offenbar durch nicht allgemein bekannte Einzelverhandlungen und auch dadurch, dass das Gutachten lange Zeit den Mitgliedern des Zehnerausschusses nicht zugänglich gemacht wurden, viel Misstrauen gesät.

Die Studiengesellschaft hatte in der Zwischenzeit 1950 im Iseltal zwei landwirtschaftliche Betriebe (Niedrist/St. Johann, Stallen/Huben) gekauft, um sie Kalser Bauern als Naturalersatz anbieten zu können.

Im Frühjahr 1951 bis zur wasserrechtlichen Verhandlung im Juli fand dann eine Vielzahl von Besprechungen und Verhandlungen zu Ablösefragen statt. Am 17. März 1951 kamen die Kalser mit den Bauernbündvertretern Abgeordneten Jakob

Blassnig und Dr. Anton Brugger zusammen, wo diese u. a. erklärten: „Die Osttiroler Studiengesellschaft ist jedenfalls nicht nur fachlich bestens vertreten, sondern hat auch die gesetzliche Basis und die Autorität zur Durchsetzung ihrer Projekte und Pläne. Daher liegt es umso mehr im Sinne des Bundesobmannes Grauss, daß die Belange der Kalser als einer fast rein bäuerlichen und völkisch-moralisch außerordentlich wertvollen Gemeinde vom Tiroler Bauernbunde vertreten werden.“

Am 29. März fand eine Besprechung des Zehnerausschusses mit dem Vertreter der Studiengesellschaft Osttirol, Dr. Erich Mair, statt, indem die Kalser ihre Einwände gegen das Kober-Gutachten vorbrachten. Am 2. Juni beschlossen sie in einer „Konferenz betreffend Ablöseplan-Dorfalpe“ einhellig, „das Gutachten Kober als taugliche Verhandlungsgrundlage in der Ablösefrage abzulehnen“. Erstmals wurde in dieser Besprechung unter den zehn wichtigen Ablösepunkten auch ein Freistromkontingent von 2 Mio. kWh für Kals gefordert.

Am 13. Juni fand wiederum eine Besprechung mit Vertretern der Studiengesellschaft (Dr. Laufer, Dr. Erich Mair) statt, wo es schon um die Vorbereitung der wasserrechtlichen Verhandlung ging. Die Mitglieder des Zehnerausschusses und Vertreter der Bezirkslandwirtschaftskammer kamen am 29. Juni und nochmals am 15. Juli 1951 zusammen. Dabei wurde das Kober-Gutachten neuerlich einstimmig und entschieden abgelehnt, über die Bemühungen zum Ankauf von Ersatzalmen berichtet und über eine wertgesicherte Jahresrente aus einem Anteil des Erlöses der erzeugten Energiemenge diskutiert. Dr. Brugger gibt dazu folgende, zunächst noch für den Zehnerausschuss streng vertrauliche Darstellung: „Es sei zu erwägen, ob nicht im Rahmen von 3 % der Ablöse zwischen Gesellschaft bzw. Land Tirol einerseits und Kals andererseits in Form einer Jahresrente so einfach wie nur möglich zu Stande kommen könnte. Etwa in der Weise, dass Kals diese 3 % der Gesamtenergie, derzeit also angenommen mit 7,5 Mio. kWh der Gesellschaft bzw. dem Land Tirol um den Großabnehmerpreis überlässt und sich damit eine wertgesicherte Jahresrente von mindestens 500.000 S sichert. Durch diese wertgesicherte Rente wäre Kals dermaßen kreditwürdig, daß es von der Gesellschaft einen Vorschuß verlangen könnte zum Erwerb von Ersatzalmgebiet im Pinzgau, zum Ausbau des Güterweges dorthin, zum Ausbau des Weges in die Ersatzalpe und schließlich auch für allfällige Schadensbehebungen. Im Sinne dieses Rentenplanes würde die gesamte Frage der Ablöse mit einem Schlage eine rein interne Angelegenheit von Kals sein.“

Am Sonntag, dem 15. Juli, findet nochmals eine Besprechung der Kalser Bauern statt (Protokollführer Dr. Robert Riedler). Dabei wird der „vom Gemeinderat und Zehnerausschuss ausgearbeitete Entschädigungsplan“ diskutiert. Er enthält im Wesentlichen zehn Punkte, als ersten den Erwerb einer Ersatzalpe im Pinzgau und Bau eines Güterweges dorthin. Dr.



▲ Innerschlöß mit Blick zum Venedigermassiv. Der Bach entlang dieses viel begangenen Wanderweges würde nur mehr durch „Pflichtwasser“ gespeist.

◀ Ausschnitt der schön gegliederten Virger Feldflur.

Fotos: W. Retter

Brugger soll für den Erwerb derselben 500.000 S aus Landesmitteln sicherzustellen versuchen.

Juli 1951: Wasserrechtliche Verhandlung

Für den 24. bis 27. Juli 1951 war vom Landwirtschaftsministerium die wasserrechtliche Verhandlung ausgeschrieben worden. Dabei wurden die „Abgeltungsforderungen der Kalser Bauern“ in 21 Punkten festgehalten. Die Stellungnahme beginnt mit der Erklärung „die Dorferalm-Interessentschaft gibt ihre Zustimmung zum Baubeginn erst dann, wenn für die Dorferalpe vollwertiger Ersatz in Natura sichergestellt ist ... Im Falle der Erwerbung eines Alpersatzes nördlich der Tauern verlangt die Interessentschaft, daß der Viehtrieb und die Zufahrt durch den Bundesbahntunnel unter dem Kalser Tauern jederzeit und bei entsprechender Beleuchtung gesichert wird“.

Dazu ist anzumerken, dass zu dieser Zeit die Beileitung des Wassers aus dem obersten Dorfertal in Kals zur Stubachkraftwerksgruppe der ÖBB geplant war und mit dem Bau eines Stollens bereits begonnen worden war.

Bei der Wasserrechtsverhandlung nimmt die Studiengesellschaft zu den einzelnen Punkten der Kalser Forderungen Stellung, wobei viele offen bleiben und in weiteren Vermittlungsgesprächen im Laufe des Sommers und Herbstes weiter verhandelt werden. Am 12. Dezember 1951 kommt es schließlich zu einem Übereinkommen über die sieben bei der mündlichen Verhandlung offen gebliebenen Punkte des Kalser Forderungsprogrammes. Lange diskutiert wird über die Frage, ob der Alpersatz bei Baubeginn oder erst bei Staubeginn abgewickelt sein müsste. Die Frage wird schließlich zu Gunsten der Studiengesellschaft, nämlich Alpersatz bei Staubeginn, entschieden mit der Einschränkung „ob die Bedingung für den

Staubeginn erfüllt ist, entscheidet die Wasserrechtsbehörde nach Anhören der Landeslandwirtschaftskammer für Tirol und des Kalser Interessentenausschusses“.

Am 26. März 1952 werden aber die Kalser von der Studiengesellschaft Osttirol darüber informiert, dass der Baubeginn bis auf Weiteres wegen mangelnder Finanzierung des Kraftwerkes durch die Weltbank aufgeschoben sei.

Unabhängig davon ergeht am 3. August 1954 der wasserrechtliche Bescheid über die Bewilligung des Speicherkraftwerkes Dorfertal-Huben. Als Baubeginn ist der 1. August 1956 genannt, der dann mit zwei weiteren Bescheiden zweimal hinausgeschoben wird.

Im Dezember 1958 teilt dann die Studiengesellschaft Osttirol den Kalsern mit, dass 1959 mit dem Bau begonnen werde. Daher gibt es 1959 die konkretesten und umfangreichsten Arbeiten zur Errichtung des Speicherkraftwerkes Dorfertal: Ausbau des Daberklammweges, Ausbau der Straßen von Kals bis Spötting und Neubau der Moaralmstraße, Zufahrtsstraße zum Grundstollen in Oberpeischlach, Vermessungsarbeiten beim Krafthaus Huben, Waldschlägerungen im Dorfertal (Moarebene), wobei im Herbst 1959 auf den raschen Abtransport des Holzes gedrängt wird, weil der Baubeginn unmittelbar bevorstehe.

Doch ab 1961 kehrt wieder völlige Ruhe ein. Erst Anfang der 70er-Jahre wird der Kraftwerksbau wieder ein Thema in den Sitzungen der Agrargemeinschaft Kals, und es beginnen auch Versuchsbohrungen im Dorfertal.

Die weitere Kraftwerksgeschichte ist eng mit der Tätigkeit des Vereins zum Schutz der Erholungslandschaft verbunden.

Intensive Diskussion und umfangreiche Gutachten

Eigentlich schon vor der Gründung, aber insbesondere im Anschluss daran begann

der Verein zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol umfangreiche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Dazu wurde, wie schon erwähnt, der Landtagsbesuch im September 1973 im Bezirk genutzt, aber insbesondere wurden mit verschiedenen überregionalen Natur- und Umweltschutzorganisationen Kontakt aufgenommen: Alpenverein, Naturfreunde, Naturschutzbund. Im Februar 1974 veranstaltete der Verein einen Vortragsabend mit dem bekannten Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker zum Thema „Energiekrise und Grenzen des Wachstums“. Prof. Weizsäcker stellte fest, dass die Ölkrise eine Preiskrise sei und hielt es im Bezug auf das geplante Kraftwerk für selbstverständlich, dass vor Beginn der Detailplanung sorgfältige ökologische Gutachten und eine genaue Gesamtkosten-nutzenrechnung erstellt würden.

In Prägraten wurde eine Unterschriftensammlung unterstützt, bei der sich mehr als 90 % der Wahlberechtigten gegen die Ableitung der Bäche im Gemeindegebiet aussprachen.

Eine Vereinsabordnung nahm auch an der ORF-Fernsehsendung „Stadtgespräche“ in Innsbruck zum Thema „Nützen oder schützen“ teil. Prof. Helmut Gams schrieb dazu in einem Leserbrief an die Tiroler Tageszeitung „Das Stadtgespräch gibt kein objektives Bild vom Verhältnis zwischen dem Nutzen der Kraftwerke und dem warnenden Naturschutz, weil es einseitig manipuliert war. Den Vertretern der Kraftwerke ist vielmehr Redezeit eingeräumt worden als den Vertretern des Naturschutzes.“

Das Energieforschungssymposium in St. Jakob i. D. nimmt der Verein zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol zum Anlass, um auf die befürchteten negativen Auswirkungen des Kraftwerksbaues auf die Natur- und Erholungslandschaft aufmerksam zu machen. Die Bedenken werden vom Tagungsleiter Sek-

tionschef Dr. Frank als durchaus ernstzunehmend anerkannt, der auch feststellt: „*Ein ökologisches Gutachten muß unbedingt allen Maßnahmen vorangehen.*“ Diese Gutachten werden schließlich unter der Leitung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften von insgesamt zwölf Universitätsprofessoren bzw. Instituten erstellt.

Im Sommer 1974 versickt der Verein ein umfassendes Memorandum an verschiedene Ministerien. Interessant ist die Antwort des zuständigen Handelsministers Dr. Josef Staribacher, der feststellt, dass ein Gutachten alle Auswirkungen auf die Umwelt und die Lebensbedingungen der Bevölkerung aufzeigen solle. Zeitdruck für die Lösung des Problems sei nicht gegeben. „*Da die Errichtung des Kraftwerksprojektes Osttirol im Kraftwerksprogramm der Elektrizitätswirtschaft bis zum Jahre 1983 nicht enthalten ist, kann es frühestens in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre aktuell werden.*“

Diese Antwort ist insofern interessant, weil sie sich doch sehr von der Argumentation auf Tiroler Ebene unterscheidet, die nämlich den Baubeginn für die nächsten Jahren suggeriert.

Die warnende Stimme des Vereins und vieler Verbündeter, transportiert über die Medien, wirkt sich aber offensichtlich doch schon auf die politische Diktion aus. In dem im Herbst 1974 präsentierten „Osttirol-Plan der ÖVP“ für die Landtagswahl 1975 heißt es in Pt. 3 Moderner Energieplan: „*Das Projekt über den stufenweisen Ausbau der Kraftwerksgruppe Osttirol muß auf die Raumplanung des Gebiets abgestimmt werden und hat die Belange des Natur- und Umweltschutzes, des Fremdenverkehrs, der Landeskultur und insbesondere der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Bei dessen Verwirklichung müssen direkte und indirekte Leistungen erbracht werden.*“

Landesrat Dr. Luis Bassetti meinte zu diesem Energieplan: „*Hier wird man mit aller gebotenen Vorsicht im gegenseitigen Einvernehmen vorgehen müssen. Es ist aber auch noch gar nicht so lange her, daß jeder Landespolitiker in Osttirol einen Eid ablegen mußte, daß er für den Bau des Daberkammwerkes eintritt.*“

Der Verein hatte in der Zwischenzeit eine Stellungnahme zum Nationalparkkonzept der Nationalparkkommission abgegeben und auf dem österreichischen Naturschutztag in Wels die Verabschiedung einer Resolution zum Kraftwerksprojekt erwirkt.

Auf der Vollversammlung des Vereins im Herbst 1974 halten die Universitätsprofessoren Dr. Hans Klecatzky und Prof. Dr. Norbert Wimmer Referate zum Umweltrecht. Am 31. Jänner 1975 fasst der Gemeinderat von Prägraten den einstimmigen Beschluss, das Kraftwerksprojekt in der bis-



Das Kalser Dorftal ungefähr vom Standpunkt der westseitigen Mauerkrone gegen Norden.
Foto: W. Retter

herigen Form mit aller Entschiedenheit abzulehnen, und er spricht sich für die Variante von Prof. Dipl.-Ing. Herbert Zierl aus, in der die Fassung der Isel unterhalb von Prägraten mit einem kleinen Tagesspeicher vorgesehen ist. Im Beschluss heißt es dazu: „*Für Prägraten ist diese Variante die einzige, allenfalls zumutbare Alternative, da der Ableitung der Bäche aus den herrlichen Wandertälern keinesfalls, und zwar auch im gesamtwirtschaftlichen Interesse zugestimmt werden kann.*“ Antrag und Beschluss stützten sich übrigens ausdrücklich auf eine Aussprache mit Vertretern der Studiengesellschaft und dem Landeshauptmann von Tirol, ÖR Eduard Wallnöfer, am 23. Jänner 1974 in Prägraten.

An der Pressekonferenz, bei der dieser einstimmige Gemeinderatsbeschluss vorgestellt wird, nimmt auch der Verein zum Schutz der Erholungslandschaft teil.

Vor der Landtagswahl 1975 wurden alle Kandidaten der Parteien befragt und die Antworten als Postwurf an alle Osttiroler Haushalte versandt. Bei der Wahl gab es dann außerordentlich viele weiße ungültige Stimmzettel.

Im August 1975 hielt sich Energie- und Handelsminister Josef Staribacher drei Tage im Bezirk auf. Der Verein nahm dies zum Anlass, an markanten Stellen, z. B. bei vorgesehenen Bachableitungen Hinweistafeln aufzustellen und führte mit dem Energieminister und den Vertretern der Energiewirtschaft am Abend des 7. August in der Johannishütte eine heftige Diskussion.

Als Resümee stellte Minister Staribacher fest, von dem 10-Mrd-S-Vorhaben sei eine wesentliche wirtschaftliche Belebung in dieser Region zu erwarten. Zwölf Professoren seien inzwischen beauftragt worden, ein ökologisches Gutachten auszuarbeiten, um dem Umweltschutz möglichst Rechnung zu tragen.

1975 nahm der Verein auch am Österreichischen Naturschutztag in Salzburg teil und beantragte mit anderen die Verabschiedung einer Resolution durch die Generalversammlung, die sich auch mit dem Kraftwerksbau befasste. In intensiver Öffentlichkeitsarbeit wurden laufend viele in- und ausländische Medien betreut. Zur Hauptversammlung im Herbst 1975 wurde der Schweizer Agrarwissenschaftler, Univ.-Doz. Dr. Hans Popp aus Bern, zum Thema „Das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Berggebiete als Lebens- und Erholungsraum“ eingeladen.

In den letzten Monaten des Jahres 1975 wurden verschiedene Gremien und Organisationen über den neuesten Variantenvorschlag 1974/3, der die Ableitung aller wesentlichen Gletscherbäche vorsah, informiert, und es fassten der österreichische Naturschutzbund, der ÖAV, die Naturfreunde, die österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz und die Nationalparkkommission Beschlüsse gegen diese umfangreichen Bachableitungen.

Die breite Suche nach Verbündeten gehörte wesentlich zur Strategie des Vereins zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol.

Ein Beispiel hierfür ist das im Bild 8 dokumentierte Treffen am Fuße des Schlattenkeeses in Innerschlöß mit den Professoren Dr. Klecatzky und Dr. Wimmer, dem ÖAV-Vorsitzenden Prof. Oberwalder und dem Präsidenten der Naturfreunde, Dr. Heinz Fischer mit Frau Fischer und Frau Retter.

Auch in einer Vorsprache bei Landeshauptmann ÖR Eduard Wallnöfer wurden die Bedenken des Vereins vorgebracht, ebenso bei zwei ORF-Fernsendungen „In eigener Sache“, an denen eine Vereinsabordnung teilnahm.

Das Jahr 1976 war vor allem von der Errichtung des Wasserschaupfades „Umbalfälle“ geprägt, der am 14. August unter der Patronanz des Europarates mit großem Medienecho eröffnet wurde. Der Herr Bundespräsident Dr. Kirchschräger, der Bundeskanzler, viele Minister und Landeshauptleute schickten Glückwunschsreiben

Die intensive Öffentlichkeitsarbeit wird fortgesetzt. Diesem Zweck dient auch eine Klebeplakette „Umbalfälle auch künftig noch“, die in großer Stückzahl aufgelegt wird. Auch die Referate bei den



Naturschutzverbündete am Schlatenkees, v. l.: Prof. Norbert Wimmer, Erika Retter, Prof. Dr. Hans Kleczky, Prof. Louis Oberwalder mit Fischer jun. auf den Schultern, NR-Präsident Dr. Heinz Fischer, Frau Fischer.
Foto: W. Retter

Hauptversammlungen – im November 1977: Multivisionsshow „Humanity in Green“ von Univ.-Doz. Dr. Bernd Lötsch und der Vortrag „Konflikte und Konfliktlösungen im Alpenraum“ von Univ.-Prof. Dr. Franz Fliri, Rektor der Universität Innsbruck, bei der Hauptversammlung im November 1978 sollen der Bewusstseinsbildung dienen. Obmann Prof. Dr. Wolfgang Retter hatte natürlich auch an der im Feber in Linz abgehaltenen gesamtösterreichischen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz teilgenommen. Gottlieb Berger, Bichlerbauer in Prägraten, hatte als Diskussionsbeitrag gemeint: „Man hat den Eindruck, daß man mit allen Mitteln versucht, alles zu kassieren. Das Angebot der E-Wirtschaft ist wie eine Mausefalle mit Musik.“

Im April 1978 stellt die Studiengesellschaft Osttirol still und leise bei der obersten Wasserrechtsbehörde den Antrag, das Speicherkraftwerk Dorfertal-Matrei zum bevorzugten Wasserbau zu erklären. Dies nahm eine Delegation des Vereins zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol zum Anlass, auch in Wien bei verschiedenen Bundespolitikern vorzusprechen. Der ÖAV hatte in der Zwischenzeit entschieden, gegen die Inanspruchnahme seines Grundbesitzes sich mit allen rechtlichen Mitteln zu wehren und errichtete zur Aufwertung des Gebietes in Innergeschloß den Gletscherweg, einen Naturlehrpfad besonderer Prägung, der im August 1978 mit der eindrucksvollen Festrede von Univ.-Prof. Dr. Hans Kinzl feierlich eröffnet wurde. Landesrat Dr. Alois Partl erklärte damals in seiner Rede: „Wenn ökonomische Erfordernisse mit ökologischen in Widerspruch stehen, dann haben die ökologischen Erfordernisse Vorrang; wenn es also um langfristige Interessen der Menschen dieses Raumes geht.“ Der ÖAV organisierte in weiterer Folge eine Unterschriftenaktion und brachte in kurzer Zeit 70.000 Unterschriften für die Forderung „Die Bäche von Innergeschloß unbeein-

trächtigt zu belassen und auf die Ableitung der oberen Isel im Umbaltal in der vorgesehenen Form zu verzichten“ zusammen. Der Alpenverein erreichte auch die Unterstützung des SPÖ-Landtagsklubs für seinen Aufruf „SOS Venediger-Innerschloß“, wie auch eine Zusage von Landeshauptmann Eduard Wallnöfer, „sich dafür einzusetzen, daß Innergeschloß in Ruhe gelassen wird“.

Aufgrund dieser Bemühungen um die Erhaltung des Schlatenbaches und des Viltragenbaches in Innergeschloß hatte in der Zwischenzeit die Energiewirtschaft ihre Ansprüche auf die obere Schwarzach im Defereggental und den Debantbach ausgeweitet.

Im Sommer 1979 nahm eine Abordnung des Vereins auf Einladung von Minister Staribacher an einer Begehung des Kraftwerksgebietes mit den Kraftwerksplanern sowie mit SPÖ-Klubobmann und Naturfreundepräsident Dr. Heinz Fischer und SPÖ-Umweltsprecher Dr. Kurt Steyrer teil. Im September 1979 fand in Virgen eine Informationskonferenz unter Vorsitz von Landeshauptmann ÖR Wallnöfer mit den politischen Mandataren, den Vertretern der Energiewirtschaft, Vertretern der Gemeinden, des Tourismus, der Nationalparkkommission und auch des Vereins zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol statt. Die Bezirksmandatare und auch die Bürgermeister und Gemeindevertreter fordern dabei die rasche Bildung einer Bau- und Betriebsgesellschaft als verhandlungsfähigen Partner. Als Baubeginn wird „spätestens 1982/83“ genannt. Die Vertreter der Energiewirtschaft erklären kompromisslos, dass das Kraftwerk ohne Isel und Gschloßbäche unwirtschaftlich sei.

Vor der Landtagswahl 1980 befragt der Verein die wahlwerbenden Parteien und teilt die Antworten in einer bezirksweiten Postwurfsendung den Wählern mit. In der Vollversammlung im November 1980 werden Bedenken gegen den Plöckentunnel geäußert.

Juni 1982: Verhandlung der Wasserrechtsbehörde

Für den 3. Juli 1982 hatte die oberste Wasserrechtsbehörde beim Landwirtschaftsministerium zu einer Besprechung über die eingereichte Kraftwerksvariante im Bezug auf den Nationalpark nach Matrei i. O. eingeladen. Die E-Wirtschaft bestand dabei auf der Wassernutzung in Form der Variante 74/3, also der Hochableitung aller wesentlichen Gletscherbäche. Die Vertreter der Tiroler Ämter und Behörden sprachen sich positiv dazu aus und stimmten ausdrücklich auch einer Teilableitung der oberen Isel zu. Den Schriftleiter des Osttiroler Boten, Peter Duregger, veranlasste das Ergebnis zur Frage, „War dies der Startschuss zum Kraftwerksbau?“.

Doch in der Zwischenzeit waren die Umbalfälle dank der Öffentlichkeitsarbeit doch schon so bekannt geworden, dass sich rasch ein allgemeiner Proteststurm erhob. Der ORF brachte ein Interview mit Bundeskanzler Kreisky, in dem sich dieser für eine schonende Wasserkraftnutzung aussprach. Hämisch (wohl aus Verärgerung) wurde dabei von den Energiewirtschaftlern darauf hingewiesen, dass im Hintergrund zu diesem Kanzlerinterview vom ORF der Großbach und nicht die Umbalfälle gezeigt wurden.

Dass Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky zu diesem warnenden Interview bereit war, hing sicher damit zusammen, dass es gelungen war, in Wien maßgebliche Mitstreiter für die Erhaltung der eindrucksvollen Gletscherbäche im Umbaltal und in Innergeschloß zu gewinnen, z. B. den Nationalratspräsidenten Dr. Heinz Fischer, seine Stellvertreterin Dr. Marga Hubinek und Marilies Flemming sowie viele andere. Ein weiterer Grund war aber wohl auch, dass von Bundesseite her die Realisierung des Kraftwerkes aus wirtschaftlichen Gründen weniger dringend erschien. Diese unterschiedliche Einschätzung im Bezug auf den Bedarf dieses Kraftwerkes auf Bundesseite und auf Tiroler Seite fällt rückblickend eigentlich während der ganzen Zeit der heftigen Kraftwerksdiskussion in den 70er- bis Mitte der 80er-Jahre auf. Möglicherweise hatte der Mitgesellschafter TIWAG andere Partner für die Abnahme dieses teuren Spitzenstromes im Auge, als der Gesellschafter VERBUND.

Zehn Jahre NP-Vereinbarung Heiligenblut

Trotz des intensiven Bemühens der Nationalparkkommission und ihres Geschäftsführers Dipl.-Ing. Anton Draxl war es vor allem wegen des Kraftwerksprojektes in Osttirol zehn Jahre nach der feierlichen Unterzeichnung der Ländervereinbarung von Heiligenblut noch immer nicht gelungen, die dort dokumentierte Absicht der drei Bundesländer Kärnten, Salzburg und Tirol zur Errichtung eines Nationalparks Hohe Tauern zu verwirklichen. Aus diesem Anlass fand im Juni 1982 daher ein Gipfelgespräch in Heiligenblut mit den Ministern Staribacher, Steyrer und Haiden, den Landeshauptleuten Wallnöfer, Haslauer und Wagner sowie den E-Wirtschaftsvertretern, Vertretern des Alpenvereins und des Vereins zum Schutz der Erholungsland-

schaft Osttirol statt. Auch dabei wurde festgehalten, dass die Isel im Umbaltal erhalten werden müsse.

Die über Vorschlag des Bundeskanzlers eingeschaltete Energieverwertungsagentur unterstützte daher auch die Forderung der Energiewirtschaft, anstelle der Isel und der Gschlößbäche die Bäche im Defereggental und den Debantbach zu fassen.

Vertreter des Vereines nahmen im Jahre 1983 an verschiedenen einschlägigen Veranstaltungen – Energieseminar in Zwentendorf, Kongress „Zukunft und Schutz des Alpenraumes“ in Innsbruck, Symposium über Kriterien für Nationalparke in Wien – teil.

Laufend wurden an Medien und politische Mandatäre und Meinungsbildner verschiedene Informationen und Stellungnahmen übermittelt. Unter anderem auch zum Tauschvorschlag von Landesrat Zanon, der sich dabei auf Landeshauptmann Wallnöfer berief, auf die Venedigererschließung (die zu diesem Zeitpunkt kaum noch realistisch war) zu verzichten, wenn dafür die Isel im Umbaltal gefasst werden dürfe. Die Kraftwerksplaner hatten inzwischen die Summe der abzuleitenden Bäche schon auf 47 ausgeweitet.

Auch zur Planung des Draukraftwerkes Strassen-Amlach wurde eine Stellungnahme erarbeitet. Dabei lehnte der Verein das Kraftwerk nicht grundsätzlich ab, verlangte aber möglichste Rücksicht auf Landschaft und Natur und erhob auch Protest dagegen, dass das ursprünglich beabsichtigte Kavernenkrafthaus aus Kostengründen aufgegeben wurde.

Im Juni 1983 erhält Obmann Dr. Wolfgang Retter für seinen Einsatz um die Nationalparklandschaft den Konrad Lorenz-Staatspreis.

Die Vollversammlung im November 1983 beschließt die Anschlussmitgliedschaft des Vereines an den Naturschutzbund.

Der Wiener Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek wurde zu einem Vortrag zum Thema „Gesellschaft und Umwelt – neue Ideen zur Lebensgestaltung“ eingeladen. Auf der Vollversammlung des Jahres 1984 hielt OFR Dipl.-Ing. Josef Althaler ein Referat über den Waldzustand und das Waldsterben in Osttirol, und es wurde eine regelmäßige Luftschadstoffmessung in Lienz gefordert. Im Frühjahr folgte eine öffentliche Waldbegehung bei Lienz mit dem Landesforstdirektor Dr. Herbert Scheiring.

Im Sommer 1985 wurde mit dem Umweltminister Dr. Kreuzer das Kraftwerksgebiet begangen und die Argumente des Landschaftsschutzes ausführlich diskutiert. Ebenso fand eine Begehung mit der 2. Nationalratspräsidentin und Umweltsprecherin der ÖVP Dr. Marga Hubinek statt. Eine der neuen Varianten, die Kraftwerksvariante 86/9 (Schonung der Bäche



Das Schauspiel der Iselkatarakte.

Foto: W. Retter

in Innergschloß, dafür Nutzung der oberen Isel und des Arventalbaches im Defereggental) wurde abgelehnt.

Im August 1986 hatte Umweltminister Dr. Kreuzer zu einem Kraftwerksgipfel nach Innsbruck eingeladen und im Oktober zu einem Arbeitsgespräch nach Matrei i. O. Dabei lehnte die E-Wirtschaft wieder einmal alle Kompromisse gegenüber ihrem Idealprojekt 74/3 ab.

Zur Vollversammlung 1986 lud der Verein Univ.-Ass. Dr. Christoph Schremmer zu einem Referat zum Thema „Nationalpark Hohe Tauern – Hemmnis oder Chance?“ ein.

Gegen Plöckentunnel

In der Zwischenzeit war das Plöckentunnelprojekt das zweite wichtige Thema geworden. Schon in der Vollversammlung 1980 waren Bedenken geäußert worden und 1985 wurde eine Stellungnahme mit klarer Ablehnung verabschiedet. 1987 wurde auch gegen die Forderung des neuen Landeshauptmannes von Tirol, Dr. Alois Partl, das Kraftwerk in Osttirol zu verwirklichen, eine klare ablehnende Stellungnahme verfasst. An der Herausgabe eines Flugblattes der Osttiroler AV-Sektionen mit einer Darstellung aller Kraftwerksvorhaben in Osttirol beteiligte sich der Verein sehr aktiv. Ebenso wurde die Volksbefragung in Kals, in der sich 63 % der Bevölkerung gegen den Kraftwerksbau aussprachen, unterstützt. In diesem Zusammenhang muss an den legendären Ausspruch von Landeshauptmann Wallnöfer erinnert werden, der in

Kals, nachdem Kaiser Frauen ihre Bedenken gegen das Kraftwerk vorgebracht hatten, gemeint habe: „Wenn die Frauen mobil machen, dann wird's gefährlich.“ Der Verein veranstaltete dann ein Referat mit Diskussion zum Thema „Warum Bürgerinitiative Kaiser gegen den Dorfertalstausee?“. Weiterhin wurden intensive Kontakte mit Bundespolitikern und überregionalen Natur- und Umweltschutzorganisationen gepflogen.

Zu dieser Zeit setzte sich der Verein auch für die Erhaltung des Goggwaldes ein und sprach sich also gegen die Erschließung der Kerschbaumer Alm aus. Die Vollversammlung 1988 fasste neuerlich einen Beschluss gegen jede Form eines Plöckentunnels.

Vor der Landtagswahl 1989 wurden wiederum die wahlwerbenden Parteien zu Umweltproblemen in Osttirol: Plöckenausbau, Kraftwerksprojekt Dorfertal, Nationalpark Hohe Tauern, Wegebauten in Landschaftsschutzgebieten, Müll befragt und die Ergebnisse in einer bezirksweiten Postwurfsendung mitgeteilt. Bei der Landtagswahl im März 1989 war die starke Wirkung und Bedeutung von Umweltthemen in vielen Gemeinden spürbar.

30. März 1989 – Minister Robert Graf verkündet Aus für Dorfertalkraftwerk

Mit dem Hinweis auf die mangelnde Wirtschaftlichkeit erklärte Wirtschaftsminister Robert Graf, dass das Speicherkraftwerk Dorfertal-Matrei in nächster Zeit nicht gebaut werde.

Der Verein wendet sich in der Folge verstärkt aktuellen Verkehrsthemen zu, insbesondere nimmt er an der überparteilichen Aktionsgemeinschaft gegen den Plöckentunnel teil, legt ein Flugblatt „Nein zum Plöckentunnel“ auf und ladet Univ.-Prof. Dr. H. Knoflacher zu einem Vortrag über Verkehrsprobleme ein. In der Vollversammlung 1989 wird ein Aufruf beschlossen, öffentliche Gelder für aktive Schutzmaßnahmen in der Natur- und Kulturlandschaft bereit zu stellen (Umlenkung aus Verbauungsmaßnahmen). Dieser Appell wird an alle Mitglieder der Landesregierung und des Landtages versandt.

Es folgen weitere Bemühungen bei Landesregierung, Bezirkshauptmannschaft und Stadtgemeinde, in Lienz eine Luftschadstoffmessung einzurichten. Gegen die geplante 380 kV-Leitung von Lienz über den Kofelpass und die Porzescharte wird eine klar ablehnende Stellungnahme verfasst. Die Vollversammlung im November 1990 umfasst Berichte aus Innerbillgraten (Ablehnung des TIWAG-Speicherkraftwerkes Arntal), Oberlienz (Arbeit der Umweltgruppe) und der Selbstbau-Gruppe Solaranlagen. Auch eine einstimmige Resolution gegen den zunehmenden



▲ Hinweistafel auf Bachableitung anlässlich des Ministerbesuches vom August 1975.

◀ BM Josef Staribacher in heftiger Diskussion auf der Johannishütte am 7. August 1975. Fotos: W. Retter

Transitverkehr wird verabschiedet und an die Bundes- und Landesregierung versandt.

Die Transitproblematik steht in der nächsten Zeit im Vordergrund. Bei Vorgesprächen bei NR Dr. Lackner, LA Dr. Gomig und Bürgermeister Huber werden die Antitransitforderungen (Rücknahme der E 66-Erklärung, Lkw-Nachfahrverbot, Tonnagebeschränkung, Tempokontrollen, transithemmende Verkehrsbauten) unterbreitet. Mehrfach werden Stellungnahmen zu Verkehrsfragen veröffentlicht und mit verschiedenen Aktionen wie „Osttiroler gegen Plöckentunnel“ und „ARGE STOPP TRANSIT“ wird intensiv zusammengearbeitet. Der Verein tritt auch dem überparteilichen Transitforum Tirol bei. Prof. Knoflacher hält einen weiteren Vortrag in Sillian zum Thema „Transitgefahr im Drau- und Pustertal“.

Im Oktober 1991 findet in Heiligenblut eine Feier in Erinnerung „20 Jahre Ländervereinbarung Heiligenblut“ statt, wobei sich Landeshauptmann Alois Partl in seiner Aussprache rühmt, dass Tirol „ein Gebiet ohne Kraftwerk“ in den Nationalpark einbringen könne.

Eigentlich eine nachträglich schöne Bestätigung für die Arbeit des Vereines. In den folgenden Jahren nehmen weiterhin Verkehrsfragen breiten Raum in der Tätigkeit des Vereins ein. Es gibt aber auch mehrfach Stellungnahmen zur Förderung der Solarenergie und Biomasse, gegen die Ableitung des Debantbaches und der Schwarzach (TIWAG-Projekte) sowie für die Abgeltung von Pflegemaßnahmen der Kulturlandschaft.

Die Vollversammlung 1992 befasst sich mit der Alemagna, mit der 380 kV-Leitung über Obertilliach und mit den Luftschadstoffmessungen.

In der Diskussion über die Erhaltung der Virger Feldflur mit einem entsprechenden Förderungsmodell als Alternative zur geplanten Zusammenlegung tritt der Verein natürlich klar für die Erhaltung der Virger Feldflur ein (siehe Abb. 5).

Im Jahre 1993 beherrschen weiterhin Verkehrsfragen die Aktivitäten des Vereines. Abordnungen nehmen an der Alemagna-Protestfahrt nach Pian di Vedoia und an der großen Anti-Alemagna-Demonstration in Toblach teil. Gemeinsam mit

dem Verein „Lebenswertes Pustertal“ und der ARGE STOPP TRANSIT wird eine Vortragsveranstaltung mit Landesforstdirektor i. R. HR Dr. Herbert Scheiring zum Thema „Umwelt-Wald-Verkehr“ und eine anschließende Podiumsdiskussion mit den Parteienvertretern NR-Abg. Dr. Lackner, LH-Stellvertreter Herbert Danzer, LA Dr. Horst Wendling und LA F. Klug in Strassen veranstaltet. Die Vollversammlung 1993 verabschiedet einstimmig eine Resolution, an der in erster Linie an das Land Tirol appelliert wird, keine Bachableitungen zur Stromgewinnung mehr zuzulassen und dafür nach dem Beispiel anderer Bundesländer die Nutzung der reichhaltig vorhandenen Biomasseressourcen wirksamer zu fördern. Die Resolution wird an die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages versandt. Im Anschluss an die Vollversammlung referiert Forstdirektor Dipl.-Ing. Anton Jonas von Niederösterreich zum Thema „Heizen – Atemnot? (Woher sinnvoll Wärme nehmen?) – Biomasseverwendung“.

Auch 1994 gelten die Bemühungen des Vereines insbesondere der besseren Biomassenutzung. Gleichzeitig werden aktuelle Wasserkraftprojekte, wie die Ableitung der Schwarzach im Deferegental und die weitere Nutzung des Debantbaches sowie ein Vorentwurf für ein Großkraftwerk im Tauerntal abgelehnt. Der Verein nimmt daher auch an einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Debant zum Kraftwerksprojekt Debant III teil und beauftragt im Rahmen der Umweltallianz das Ökologieinstitut mit einem Gutachten über die energiewirtschaftliche Beurteilung von Wasserkraftbauten, welches dann dem Landesumweltanwalt als Argumentationshilfe zur Verfügung gestellt wird.

In der neuerlichen Diskussion um die Kerschbaumer Alm-Erschließung spricht sich der Verein für sinnvolle Alternativlösungen und gegen einen Wegbau aus. Die „Alpenschutz-Transiterklärung“ wird unterfertigt, und beim Osttirol-Besuch des Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil im Juni 1995 nimmt der Verein einen Gesprächstermin gemeinsam mit lokalen und gesamtösterreichischen Umweltinitiativen zum Anlass, um für die Verhinderung weiterer alpenquerender Transitrouten einzutreten. Dem dient auch die

Teilnahme an der Großkundgebung „Feuer in den Alpen“ 1995 in Villach. Weiters wird mit der Plattform „Gemeinsam gegen den Transit“, die 20 Organisationen und Initiativen umfasst, ein Faltblatt über die drohende Transitgefahr herausgebracht und osttirolweit verteilt und auch eine öffentliche Veranstaltung mit Univ.-Prof. Dr. Knoflacher und Fritz Gurgisser durchgeführt.

Ein solches Flugblatt zum Motto „Transitflut“ wird auch 1997 nochmals versandt. Der Verein ist auch Mitveranstalter des Vortrages mit Diskussion „Wer Straßen sät, wird Arbeitslosigkeit ernten“ mit Dipl.-Ök. Stefan Brückl, mit der Hauptaussage „Großräumiger Straßennetausbau schwächt die regionale Wirtschaft“.

Auch eine im September 1997 erstmals durchgeführte einwöchige Verkehrszählung am Mitteregger Kreuz soll Daten zur Transitgefahr liefern. Diese Verkehrszählung wurde übrigens im Jahre 1999 wiederholt. Während der Brennerblockade findet eine Solidaritätskundgebung am Mitteregger Kreuz gegen die zunehmende Transitbelastung statt.

1998 wird der Wasserschaupfad Umbalfälle von der Nationalparkverwaltung mit neuen Informationstafeln ausgestattet und neu eröffnet.

Der Verein beteiligt sich an einer Informationsveranstaltung zum M.A.I. (Internationales Investitionsschutzabkommen) und begeht seine 25-Jahr-Feier mit einer Fotoausstellung in der Lienzer Arbeiterkammer.

Quellen:

Draxl: Der Nationalpark Hohe Tauern in ÖAV-Serie „Alpine Raumordnung Nr. 12“.

Kalser KW-Geschichte von Peter Gratz und Alois Huter (auch im OB Nr. 16 vom 21. April 1983 abgedruckt).

Tätigkeitsbericht „25 Jahre Vereinsgeschehen“ des Vereines zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol (Obmann Prof. Dr. Wolfgang Retter).

Schriftverkehr und Akt „Kraftwerksbau“ bei Bezirkslandwirtschaftskammer Lienz.

IMPRESSUM DER OHBL.:

Redaktion: Univ.-Doz. Dr. Meinrad Pizzinini. Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

Anschrift des Autors dieser Nummer: Rainer Brugger, A-9900 Lienz, Beda Webergasse 16 a.

Manuskripte für die „Osttiroler Heimatblätter“ sind einzusenden an die Redaktion des „Osttiroler Bote“ oder an Dr. Meinrad Pizzinini, A-6176 Völs, Albertstraße 2a.